Notizen von der Querfront

(Januar `26)

Lauter Vergleiche

Seit dem Überfall auf die Ukraine hagelt es nur so an knirschenden historischen Vergleichen, erst recht nach Bekanntwerden des ungeheuerlichen 28-Punkte-Friedensplans, mit dem Trumps halbseidene Handelsvertreter Wittkoff und Kushner dem Staatsterroristen im Kreml auf den Leim gegangen sind. Die F.A.Z. zum Beispiel führte den folgenreichen *Versailler Vertrag* als Parallele heran, seriöserweise mit dem zugegebenen Unterschied, dass 1918 die hauptschuldigen Hohenzollern als deklarierte Alleinschuldige unter den Tisch gekehrt wurden, während beim Trump-Putin-Pakt unserer Tage das Kriegsopfer Ukraine auch zum Vertragsopfer gestempelt werden soll.

Eine Parallele wird auch gern zum *Münchener Abkommen* vom September 1938 gezogen. Die eingeschüchterten demokratischen Führer Europas – Chamberlain und Daladier – überließen Hitler einen Teil Tschechiens, weil sie damit den Frieden gesichert zu haben glaubten. In Wahrheit stärkten sie aber damit nur den imperialistischen Heißhunger Nazi-Deutschlands. München will uns sagen: Wer Putin die Ukraine überlässt, läuft Gefahr, ihm weitere Nachbarstaaten auszuliefern.

Schließlich *Jalta* – die westlichen Alliierten zerlegten 1945 zusammen mit dem sowjetischen Diktatur Stalin Europa in zwei Hälften. Im Falle Putins hieße das heute, seinem

Sicherheitsfluch gehorchend, ihm neben der Ukraine auch den Zugriff auf die baltischen Staaten, die Republik Moldau, Georgien u.a. vom einstigen Sowjetreich abgefallene Republiken zu gestatten. Ob solche Horrorgemälde im Umfeld des erratischen Weißhäuslers in Washington angedacht werden, kann derzeit noch nicht einmal ausgeschlossen werden.

Einen Vergleich mit der komparativen Kneifzange, diesmal mit der allerjüngsten Vergangenheit nach Nine-Eleven, leistete sich auch Putins Schröder, als er zum wiederholten Male über die gescheiterten legendenumrankten Verhandlungen von Istanbul 2024 kurz nach dem Beginn der Vollinvasion die Mär von der Alleinschuld der USA zu erneuern versuchte. Der Waffenstillstand sei unterschriftsreif gewesen, aber von Präsident Biden torpediert worden, der Selensky erpresserisch am Frieden gehindert habe. Es wäre besser gewesen, - so der skandalöse Situationsvergleich Schröders - die Franzosen und die Deutschen hätten sich nach Istanbul vom kriegslüsternen Amerika so couragiert abgewandt wie er im Bunde mit Chirac von Bushs Irak-Krieg im UNO-Sicherheitsrat 2003. Hier gerät alles durcheinander – Krieg und Frieden, Täter und Opfer, Aggression und Notwehr, 2003 und 2022.

Mit der Konferenz von Istanbul gehen die Exponenten der Querfront seit 2024 in allen Talkshows hausieren, um die Kriegsschuld umzutexten. Dass das Massaker von Butscha ein ernsthafter Grund für das Scheitern in Istanbul gewesen sein könnte, hat Schröder schon früher in Abrede gestellt, indem er seinen Busenfreund im Kreml von der

Schuld für das Verbrechen freisprechen wollte, sich dabei aber unsäglich blamierte. Denn feierlich gestimmt überreichte der Despot vor laufenden Kameras wenig später den Verantwortlichen des Massenmordes Beförderungsurkunden.

Selensky als Anwar El-Rathenau

Eine weitere bedrohliche Parallele, die in diesen Tagen überwiegend Kopfschütteln verursachte, zog nunmehr Schröders einstiger Ziehsohn und Weggefährte, der vielfach gewendete Ex-SPD-Chef Sigmar Gabriel. Nach der russischen Propagandalüge vom ukrainischen Angriff auf eine der sieben Paläste Putins wähnte er Wolodymir Selensky mit einem Male auf der blutigen Spur von Attentatsopfern wie dem Reichsaußenminister Walter Rathenau (1922), dem ägyptischen Staatschef Anwar El-Sadat (1981) und dem israelischen Ministerpräsidenten Izchak Rabin (1995).

Zur Erinnerung: Alle drei wurden Opfer von einheimischen Fanatikern – Rathenau als verhasster „Jude und Erfüllungsgehilfe“ von rechtsextremen Terroristen der „Organisation Consul“, die nach der Einschätzung des Historikers Martin Sabrow eine „monarchistische Gegenrevolution“ anstrebte. Anwar El-Sadat wurde von einem islamistischen Kommando des Leutnants Chalid Istambuli während einer Militärparade mit 37 Kugeln hingerichtet. Der Grund: Sein Friedensvertrag mit Israel 1978, für den er auch zusammen mit Premier Menachem Begin den Friedensnobelpreis

erhalten hatte. Auch dessen Nachfolger, Izchak Rabin, wurde Opfer eines Attentats für die Friedensabsicht, eine Zweistaatenlösung mit Palästina voranzutreiben. Dafür war auch er - zusammen mit PLO-Führer Yassir Arafat und seinem Außenminister Shimon Peres – mit dem Nobelpreis in Oslo ausgezeichnet worden. Igal Amir, Anhänger der jüdischen Siedlerbewegung, erschoss den israelischen Premier während einer Massenkundgebung.

Doch was hat Gabriels Erinnerung an drei politische Attentate im 20. Jahrhundert mit der unbestrittenen Gefahrenlage des ukrainischen Präsidenten zu tun? Wittert er in Kiew rechtextremistische Friedensgegner, die Selensky an der Unterschrift eines Waffenstillstandsabkommens hindern könnten? Doch wohl kaum. Das würde ja dem russischen Narrativ entsprechen, wonach die wahren Kriegstreiber und Friedensverhinderer in der Ukraine und im Westen sitzen. Oder fällt er auf Putins Propagandalüge von der Palast-Attacke herein, die ein Attentat eines russischen Mordkommandos vorstellbar erscheinen ließe. D.h. war es am Ende gar eine versteckte Warnung an Kiew, sich solche Anschläge besser nicht zu leisten. Zumal Putins dröhnende Schergen wie Medwedew oder Solowjow auch Gefallen an Trumps Entführungskünsten in Caracas geäußert haben.

Als VAR des BSW

Kritiker ahnten es von Anfang an – sie will nicht regieren, sondern nur Zoff machen und ewig Recht behalten. Eine

Partei, die in diesen komplizierten Zeiten immerhin zehn Prozent aus dem Stand erzielte, handelt aber zutiefst verantwortungslos, wenn sie sich administrativ verweigert, an derzeit notwendigen Dreier- oder Viererkoalitionen zu beteiligen. Verantwortung will aber das ins Straucheln geratene Bündnis nur übernehmen für das Einreißen der Brandmauer – das heißt: sich an keiner Verhinderungskoalition gegen die Machtergreifung der AfD beteiligen. Das sei undemokratisch, will uns ausgerechnet die Oberdemokratin belehren, die noch vor Jahren in der „Kommunistischen Plattform“ die DDR für demokratischer als die Bundesrepublik hielt.

So möchte Sahra Wagenknecht auch künftig als amtliche Chefideologin bei allen Entscheidungen auf Bundes- oder Landesebene ein Wörtlein mitzureden haben oder zumindest gehört werden. *Zum Vergleich*: Haben je Grundwertekommissionsvorsitzende in demokratischen Parteien wie die Sozialdemokraten Richard Löwenthal, Erhard Eppler, Wolfgang Thierse oder Gesine Schwan, Richard von Weizsäcker in der CDU oder Alois Glück in der CSU Mitspracherecht bei Koalitionsbeschlüssen oder Parlamentsabstimmungen für sich beansprucht? Und was heißt bei Wagenknecht schon „mitentscheiden“, wenn bislang alle wichtigen Beschlüsse, vor allem aber die Aufnahme neuer Mitglieder im Headquarter Merzig-Silwingen in der Saarprovinz entschieden wurden.

Diejenigen, die sie von ihrem früheren unkooperativen Führungsstil her kennen und fürchten gelernt haben, trauen der Gründerin als Grundwertekommissionsvorsitzender

kaum etwas anderes zu denn eine Mischung aus Politbüro und Wächteramt, das - gleichsam wie in der Bundesliga der VAR im Kölner Keller – die von ihr vorgegebenen „kalibrierten“ ideologischen Linien bei sämtlichen Mandatsträgern überprüft und notfalls Überschreitungen zurückpfeift.

Dem SPIEGEL drängt sich eher ein Vergleich aus dem modernen Unternehmensbereich auf: Wer eine Partei wie ein „Franchise-Unternehmen“ zu führen glaube, in dem er Stromlinienförmigkeit für wichtiger halte als den innerparteilichen Diskurs, „der sollte vielleicht doch besser auf Burger, Kaffee oder Donuts setzen.“

Nach dem Scheitern der Regierung in Brandenburg wimmelte es in BSW-Kreisen an Verschwörungsthesen steinzeitkommunistischer Einfalt. Einen „Putsch“ aus dem Verräterumfeld sozialdemokratischer Kreise witterte man hinter dem „vorsätzlichen“ Koalitionsbruch, „von langer Hand“ herbeigeführt. Trat Vize-Ministerpräsident Robert Crumbach nur zum Schein in Wagenknechts Bündnis ein, um hinterher den undichten Laden zu sprengen? Und was wurde der Landtagsvizepräsidentin Jouleen Gruhn für ihren Fraktionswechsel versprochen?

Es sollte nicht Wunder nehmen, dass die dezimierte BSW-Fraktion im Potsdamer Landtag in ihrem Zorn zur demonstrativen Querfrontbildung bereit war, als sie dem Neuwahl-Antrag der AfD zustimmte. Umgekehrt war zuvor schon die AfD im Bundestag dem BSW beim Versuch entgegengekommen, eine Neuauszählung des Bundestagswahlergebnisses anzustrengen. Eine populistische Hand wäscht die andere. Denn noch wird das BSW trotz seines

Regierungsabsturzes in Umfragen im Land Brandenburg in prozentualer Sperrminoritätsnähe gehandelt.